

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 15.10.2004, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,
Christine
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz - entschuldigt -
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon
Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Frau Brahms, Karin
Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Daser, Dagmar
Herr Hussein, Schaker
Herr Kemmler, Jan - entschuldigt -
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich
Herr Meyer, Uwe
Herr Dr. Musket, Ralf
Frau Schlüter-Böhm, Julia
Frau Schröter, Roxane
Frau Schulze-Stampe, Ursula
Frau Seelig, Johanna
Frau Sell, Sonja
Herr Severin, Ulrich
Frau Dr. Weinbach, Kerstin
Frau Wölk, Marianne
Frau Dersch, Christine
Frau Gottschlich, Hannelore - entschuldigt -
Herr Heck, Hermann
Herr Heubel, Christian - entschuldigt -
Frau Kaufmann, Anita
Herr Kissel, Winfried
Herr Lohse, Ingo
Frau Mehnert, Ute
Frau Oppermann, Anne
Frau Dr. Pötter, Claudia
Herr Rehlich, Jürgen

Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander - entschuldigt -
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer - entschuldigt -
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev - entschuldigt -
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning - entschuldigt -
Herr Metz, Peter
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz - entschuldigt -

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer SPD-Fraktion eröffnet die Sitzung um 17:06 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17. September 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Niederschrift wird in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Die PDS/ML-Fraktion legt einen Dringlichkeitsantrag vor. Betreffend Sale-and-lease-back-Finanzierung mit Barwertvorteil.

Vorlage VO/0736/2004

Der Stadtverordnete Metz PDS/ML-Fraktion begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Zur Sache spricht der Oberbürgermeister. Der Stadtverordnete Dr. Wulff CDU-Fraktion spricht sich gegen die Dringlichkeit des Antrages aus.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der SPD, der Grünen und der PDS die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Antrag geht ins Geschäftsordnungsverfahren für die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Während der Beratung dieser Vorlage hat der Stadtverordnete Faecks BfM-Fraktion wegen möglicher Interessenkollisionen gemäß § 25 HGO den Sitzungssaal verlassen.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen bzw. empfohlenen Zurückverweisungen an die Ausschüsse.

Weitere Ergänzungen der Tagesordnung werden aus den Reihen der Stadtverordneten nicht gewünscht.

Die Tagesordnung gilt in sofern als genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.1 10/04)**
Vorlage: VO/0731/2004

Wie viele Ausbildungsplätze sind in diesem Jahr

- a) **von der Stadt Marburg selbst neu besetzt**
- b) **in den Städtischen Gesellschaften neu besetzt**
- c) **durch städtische Förderung zusätzlich eingerichtet**

worden und wie hoch ist derzeit die Gesamtzahl der bei der Stadt oder den Städtischen Gesellschaften angesiedelten und der darüber hinaus von städtischer Seite geförderten Ausbildungsplätze?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Anzahl der in 2004 neu eingestellten Auszubildenden bei der Stadt Marburg selbst und den Städtischen Gesellschaften ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

| | Einstellungen | |
|---|----------------------|-------------------|
| | 2004 | Gesamtzahl |
| Stadt Marburg | 15* | 37** |
| DBM | 4 | 8 |
| MTM | ./. | ./. |
| SEG | ./. | ./. |
| Stadtwerke mit Tochtergesellschaften | 9 | 21 |
| GeWoBau | 1 | 2 |

* einschließlich 4 Verbundauszubildende mit der Praxis GmbH

** einschließlich 10 Verbundauszubildende mit der Praxis GmbH

Aus Mitteln der Jugendberufshilfe werden

- 47 Ausbildungsplätze beim St. Elisabeth-Verein (Bereich Berufliche Bildung)
- 13 Ausbildungsplätze bei der Jugendkonflikthilfe e.V.
- 4 Ausbildungsplätze in verschiedenen Betrieben

durch Zuschüsse finanziert und dadurch erst ermöglicht. Des Weiteren wird die Verbundausbildung mit der Praxis GmbH bezuschusst.

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinrich Löwer (Nr.2 10/04)**
Vorlage: VO/0738/2004

Kann der Magistrat berichten, wie sich die Angebote der Träger der Jugendberufshilfe in Marburg qualitativ verändert haben, nachdem die bisherigen ortsansässigen und vernetzten Träger nach Ausschreibungen nicht mehr den Auftrag zur Durchführung sogenannter berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen erhalten haben?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Bis zum Sommer dieses Jahres gab es Förderlehrgänge, Grundausbildungslehrgänge und Lehrgänge zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen. Diese wurden mittlerweile abgelöst von einem vereinheitlichten Lehrgangskonzept („Neues Fachkonzept vom 12.01.2004,“).

Bisher waren als Träger in diesem Bereich das Berufsbildungszentrum Marburg (BBZ), das Bildungszentrum Handel und Dienstleistungen (BzH) und der Verein „ Arbeit & Bildung „ (A+B) tätig.

1) Das BBZ hat sich an der Ausschreibung beteiligt und einen Zuschlag für 77 Plätze erhalten. Insofern haben sich hier erst einmal keine größeren Veränderungen ergeben.

2) Das BzH hat keinen Zuschlag erhalten, was den Verlust von insgesamt 6 Arbeitsplätzen bedeutete. Es bemüht sich nun um eine teilweise neue Orientierung hinsichtlich der Angebotsausrichtung – dieser Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen.

3) A+B hat ebenfalls keinen Zuschlag erhalten. Hier konnte die Situation ohne Entlassungen aufgefangen werden, da A+B gleichzeitig über die Durchführung neuer AB-Maßnahmen und über verstärkte Anstrengungen im Ausbildungsbereich zusätzliche Betätigungsfelder erschließen bzw. bereits vorhandene ausweiten konnte. Dies sind jedoch nur befristete Übergangsregelungen – eine klare und mittelfristige Perspektive ist noch nicht in Sicht.

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dagmar Daser (Nr.3 10/04)**
Vorlage: VO/0707/2004

Ist es richtig, dass alle Verträge für Legastenieförderung bis zum 1.1.2005 gekündigt werden sollen bzw. worden sind?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Es ist zutreffend, dass diese Leistungsvereinbarungen unsererseits zum Jahresende gekündigt worden sind.

Hintergrund sind die Empfehlungen zu Hilfen gem. § 35a SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), die vom Hessischen Kultusministerium wie auch vom Hessischen Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Hessischen Städtetag und dem Hessischen Landkreistag erarbeitet worden sind.

Diese Empfehlungen nehmen neben Begriffsklärungen, Aussagen zum Nachrang der Jugendhilfe gegenüber der schulischen Förderung und weiteren fachlichen

und inhaltlichen Aspekten, eine Zuordnung der erbrachten therapeutischen Leistungen zu vergleichbaren medizinischen Leistungen im Bereich der speziellen Ergotherapie (z.B. Hirnleistungstraining) vor und orientieren sich dabei an den Kostensätzen der Krankenkassen. Derzeit werden in diesem Bereich Sätze von € 30,93 für Einzeltherapie und € 16,42 für Gruppentherapie gezahlt.

Durch die Zustimmung des Hessischen Städtetages sieht sich die Stadt Marburg wie alle anderen hessischen Städte an diese Empfehlungen gebunden.

Derzeit werden in der Stadt Marburg € 53,50 pro Therapieeinheit (Einzeltherapie) gezahlt. Da die bestehenden Leistungsvereinbarungen nicht mit den vorliegenden Empfehlungen in Übereinstimmung zu bringen sind, war es notwendig diese Vereinbarungen zu kündigen.

Den Anbietern wurde daher fristgerecht gekündigt und gleichzeitig das Angebot unterbreitet zu veränderten Bedingungen erneute Leistungsvereinbarungen mit uns abzuschließen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Schäfer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

Um 17.23 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD-Fraktion) die Sitzungsleitung.

zu **4.4** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.4 10/04)**
Vorlage: VO/0692/2004

Welchem Ordnungsprinzip folgt die Sortierung der Stadtverordneten, der Fraktionen und der Mitglieder der Fraktionen auf der neuen Homepage der Stadt Marburg und warum gehören zwar Dietrich Möller und Egon Vaupel, nicht aber Franz Kahle (s)einer Fraktion an?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Ordnungsprinzip der Darstellung im Internet richtet sich nach der Eingabe in dem Parlamentsinformationssystem ALLRIS.

In dem System gibt es die Möglichkeit, jedem Kommunalpolitiker/jeder Kommunalpolitikerin bzw. jedem Mitglied in einem Gremium eine Ordnungsziffer zu geben, die für die spätere Sortierung ausschlaggebend ist.

Bei den städtischen Gremien in denen sie mitwirken, haben die Dezernenten grundsätzlich die Ziffern 1 (für Oberbürgermeister), 2 (für Bürgermeister) und 3 (für Stadtrat), so dass sie immer an oberster Position stehen (siehe z. B. Magistrat oder Sozialhilfekommission).

Alle anderen Gremienmitglieder haben entsprechend höhere Ordnungsziffern und werden somit dahinter eingeordnet.

Bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Ordnungskriterium die Parteizugehörigkeit. Innerhalb der Parteizugehörigkeit wird

alphabetisch sortiert.

Die Mitglieder der Fraktionen werden nur alphabetisch sortiert, wobei die Dezernenten jedoch an erster Stelle stehen.

In den weiteren Gremien wie z. B. der Gleichstellungskommission, Stiftung St. Jakob, etc. wird nach der Funktion sortiert, so dass z. B. die Magistratsmitglieder an erster Position stehen, dann die Stadtverordneten, und dann die Sachkundigen Einwohner, bzw. weitere Personengruppen.

Die hier erläuterte Sortierung ist allerdings nur die Grundsartierung, das heißt die Sortierung beim ersten Aufruf des Gremiums. Nach Aufruf des jeweiligen Gremiums können die Listen nach Name, Art der Mitarbeit, Partei und Zugehörigkeit individuell sortiert werden. Hierzu ist auf den Pfeil im entsprechenden Spaltenkopf zu klicken.

Kleinere Unstimmigkeiten wie z. B. die fehlende Zugehörigkeit von Dr. Kahle zur Fraktion Bündnis90/Grüne oder die Sortierung der Fraktionen wurden zwischenzeitlich abgestellt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Weinbach (SPD-Fraktion) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr.5 10/04)**
Vorlage: VO/0691/2004

Laut einer Pressemeldung (Marburger Neue Zeitung vom 17.09.2004) will der Marburger Magistrat aufgrund der schwierigen Finanzsituation der Stadt einige Spielplätze in Marburg schließen, weil für die Instandhaltung derzeit kein Geld mehr zur Verfügung steht. Um welche Spielplätze handelt es sich?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Grundsätzlich ist Marburg ausreichend mit Spielplätzen versorgt. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage steht jeder Spielplatz auf dem Prüfstand. Es wird derzeit untersucht, ob alle Spielplätze tatsächlich genutzt werden und eventuell Plätze zurückgebaut werden können.

zu 4.6 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr.6 10/04)**
Vorlage: VO/0693/2004

Wie hoch waren die Kosten für die Einrichtung der nunmehr zu vermietenden Pkw-Stellplätze am Karlsbader Weg und aus welchen Mitteln wurden sie finanziert? Wie viele Stellplätze sind zur Zeit vermietet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für die Absperrung der Parkplätze im Karlsbader Weg wurden 1 814,01 Euro verausgabt; finanziert wurden die Materialien (Poller + Ketten) von FD 66

(Unterhaltung und Beschilderung), der Einbau der Absperrung erfolgte über das Beschäftigungsprojekt „Stadterneuerung Richtsberg“.

Zur Zeit sind 6 Stellplätze vermietet, 2 weitere sind für die Richtsberggesamtschule sowie für das Stadterneuerungsprojekt Richtsberg vorgesehen.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr.7 10/04)**
Vorlage: VO/0706/2004

Kann die Stadt Marburg den/die Besitzer des Hauses Wettergasse 43 über der Wasserscheide ähnlich nachdrücklich mahnen, sein/ihr Haus nicht weiter verfallen zu lassen, wie sie es gegenüber dem Eigentümer Wettergasse 17 getan hat? Wie ist der Zustand der Gas- und Elektroleitungen im Haus Wettergasse 43 unter Sicherheitsgesichtspunkten?

Es antwortet der Bürgermeister:

Für das Gebäude Wettergasse 43 wurde mit Datum vom 30. Januar 2003 die Baugenehmigung zur Modernisierung erteilt.

Inhalte der vorgenannten Baugenehmigung sind u. a. die Neugestaltung der Fassaden, Neueindeckung der Dachflächen sowie die Erneuerung der gesamten Elektroinstallation und der Heizung mittels Gaseinzelheizungen für die jeweils zugehörigen Gewerbe- und Wohneinheiten.

Mit den Bauarbeiten wurde jedoch bisher noch nicht begonnen.

Hinsichtlich des Zustandes des Gebäudes Wettergasse 43 verglichen mit dem des Gebäudes Wettergasse 17 ist anzumerken, dass sich das Gebäude Wettergasse 43 in einem vergleichsweise guten Zustand befindet, so sind zum Beispiel die gesamten Dachflächen und die Regenentwässerung in funktionsfähigem Zustand. Über den Zustand der Gas- und Elektroleitungen sind Mängel nicht bekannt.

Obwohl von dem Gebäude augenscheinlich keine Gefährdung ausgeht, wird versucht, auf eine möglichst baldige Umsetzung der genehmigten Bauarbeiten hinzuwirken.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr.8 10/04)**
Vorlage: VO/0739/2004

CDU-Politiker Schäuble hat heute (23. September) Langzeitarbeitslose aufgerufen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Werden nach den Hartz-IV-Regelungen Aufwandsentschädigungen aus Ehrenämtern den Betroffenen belassen oder auf das Arbeitslosengeld II angerechnet – was Schäubles Appell ad absurdum führen würde?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Auf der fachlichen Ebene wurde dieses Problem zwischenzeitlich auch erkannt und diskutiert. Allerdings gibt es hierzu noch keine einhellige Antwort. Es bleibt daher nur abzuwarten, ob zu dieser Spezialfrage noch Ausführungsbestimmungen erlassen oder ggf. gerichtliche Entscheidungen getroffen werden.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster-Sollwedel (Nr.9 10/04)**
Vorlage: VO/0725/2004

- a) Wie viele Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“) bieten die Stadt Marburg und die stadteigenen Unternehmen an?
- b) In welchen Bereichen werden Arbeitsgelegenheiten angeboten?**
- c) Wie wird sicher gestellt, dass durch die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten keine regulären Arbeitsstellen ersetzt werden und wer kontrolliert dies?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

zu a) und b)

Zum 11.10.2004 liegen Anträge für folgende Arbeitsgelegenheiten vor:

Die Stadtverwaltung beantragt Arbeitsgelegenheiten für 108 Personen, insbesondere in den Bereichen Schule, Kultur, Bücherei, Jugendförderung, Kinderbetreuung, Bauaufsicht, Hochbau, Tiefbau, Umwelt- und Naturschutz, Friedhöfe und Bäder, wobei die Fachdienste Schule, Jugendförderung und Kinderbetreuung den Schwerpunkt bilden.

Der DBM bietet 50 Arbeitsgelegenheiten insbesondere für zusätzliche Pflegemaßnahmen an Naturschutzflächen und ein sauberes und bürgerfreundliches Marburg an.

Die GewoBau bietet 8 Arbeitsgelegenheiten zu Verschönerungsarbeiten an Gebäuden an.

Stadtwerke, SEG und MTM planen derzeit keine Arbeitsgelegenheiten.

Damit werden von der Stadt und ihren Beteiligungen derzeit 166 Arbeitsgelegenheiten angeboten.

zu c)

Generell gilt, dass die geschaffenen Arbeitsgelegenheiten insbesondere **gemeinnützig, zusätzlich, arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig** und **hinreichend bestimmt** sein müssen. Als gemeinnützig gelten hierbei Arbeitsgelegenheiten, die unmittelbar den Interessen der Allgemeinheit dienen. Die zu verrichtenden Arbeiten dürfen nicht privaten, erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen. Ferner ist eine Wettbewerbsverzerrung auf dem Waren- und Dienstleistungsmarkt auszuschließen.

Als zusätzlich gelten Arbeiten, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würden. Darüber hinaus darf durch die

Schaffung der Arbeitsgelegenheiten keine Gefährdung bestehender Arbeitsverhältnisse eintreten.

Unter diesen Voraussetzungen – die auch im Gemeinsamen Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung veröffentlicht wurden – erfolgten die Anträge durch die Fachdienste. Die Fachdienstleitungen haben diese Bestimmungen mit ihrer Unterschrift auf dem Antrag an die Arbeitsagentur zu bestätigen und sind damit auch für die Einhaltung dieser Bestimmungen verantwortlich. Darüber hinaus wird der Personalrat über die bereitgestellten Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit unterrichtet. Weitere Kontrollen, sieht man von der Genehmigung durch die Arbeitsagentur ab, sind nicht vorgesehen und auch mit dem vorhandenen Personal nicht möglich

zu 4.10 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Peter Metz (Nr.10 10/04)**
Vorlage: VO/0724/2004

Welche Arbeitnehmerrechte gelten nicht für Personen, die im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit („Ein-Euro-Jobs“) eine Beschäftigung aufgenommen haben (z.B. Streikrecht, usw.) ? Fallen sie unter die Mitbestimmungsrechte des Betriebs-/bzw. Personalrates?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die rechtliche Stellung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, für die Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, ist eindeutig in § 16 Abs. 3 SGB II geregelt.

Hier heißt es: .. **„diese Arbeiten begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts; die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz sind entsprechend anzuwenden.“**

Damit ist im Gesetz selbst der Umfang der Arbeitnehmerrechte begrenzt worden, was beispielsweise ein Streikrecht ausschließt. Da es sich nicht um Arbeitsverhältnisse handelt und auch keine Einstellungen im Sinne des Arbeitsrechtes vorgenommen werden, besteht auch kein Mitbestimmungsrecht des Personalrates bei der Zuweisung der betreffenden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

Unabhängig hiervon wird die Dienststelle jedoch den Personalrat über die geschaffenen Arbeitsgelegenheiten und die zugewiesenen Personen im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit informieren.

zu 4.11 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.11 10/04)**
Vorlage: VO/0690/2004

Wie hoch war das Defizit des TTZ (ehemals SCM) im Jahr 2003 und wie hoch werden die Verluste für das Jahr 2004 und die folgenden 10 Jahre geschätzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Jahresergebnis 2003 der Software Center Marburg Besitz- und Verwaltungs

GmbH als Inhaberin der Liegenschaft beträgt –1.002.774,61 EUR. Dies resultiert vor allen Dingen aus den Kosten für die Sanierung.

Der Jahresfehlbetrag 2004 wird nur noch auf etwa 120 TEUR geschätzt und wird sich voraussichtlich in den Folgejahren auf jeweils unter 100 TEUR belaufen.

Damit kann die Vorgabe der Stadtverordnetenversammlung, dass sich die Liegenschaft aus eigener Kraft tragen soll, auf absehbare Zeit erfüllt werden, ohne dass durch die Stadt oder die Stadtwerke zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen.

Die reale Darlehensbelastung ist im Übrigen von 10,5 Mio.EUR (01/01/03) auf aktuell 8,1 Mio.EUR (30/06/04) zurückgegangen.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.12 10/04)**
Vorlage: VO/0705/2004

Auf der Homepage der Stadt finden sich im Bereich SERVICE A-Z alphabetisch geordnet Dienstleistungen, die von Behörden und Einrichtungen in Marburg angeboten werden. Wann ist damit zu rechnen, dass auch der Stadtpass und der Arbeitslosenpass als Stichworte auftauchen und erläutert wird, wo und unter welchen Bedingungen sie zu bekommen sind?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die Richtlinien zum Marburger Stadtpass sind befristet bis 31.12.2004. Zur Zeit ist noch ungeklärt, ob der Stadtpass in 2005 aufgrund des sich noch in der Beratung befindlichen Haushalts weitergeführt werden kann. Erst wenn dies feststeht, sollten auch die Konditionen auf die Homepage der Stadt Marburg aufgespielt werden, da ansonsten nur Irritationen in der Bevölkerung entstehen würden.

Eine Veröffentlichung zum Arbeitslosenpass ist nicht mehr vorgesehen, da dessen Ausgabe seit Januar 2004 eingestellt ist.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr.13 10/04)**
Vorlage: VO/0740/2004

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, wann die Schäden des Fahrradweges entlang der Lahn unterhalb der Bahnhofsbrücke behoben werden sollen.

Es antwortet der Bürgermeister:

Nach der in 2003 durchgeführten Instandsetzung dieses Radwegeabschnittes sind dem FD Tiefbau keine neuen gravierenden Schäden bekannt. Auch seitens des ADFC und des Radverkehrsbeirates wurden derzeit, bis auf das noch ausstehende Abziehen der Bankette, keine Mängel angezeigt.

zu **4.14** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr.14 10/04)**
Vorlage: VO/0722/2004

Der Magistrat wird gebeten mitzuteilen, warum die Fahrzeughöhe im Parkhaus Pilgrimstein so beschränkt, dass in der Regel größere Familienfahrzeuge, z.B. Vans, das Parkhaus nicht nutzen können. Ist eine Änderung der Situation möglich?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Parkhaus ist leider so gebaut, dass an den Unterzügen und den Betonstürzen an den Übergängen zur Fahrrampe die lichte Durchfahrtshöhe weniger als 2m beträgt. Unter Berücksichtigung eines Sicherheitsabstandes (z. B. für das Aufschaukeln des Fahrzeuges beim plötzlichen Bremsen) wurde von der Straßenverkehrsbehörde die jetzige Beschilderung 1,80 m Durchfahrtshöhe angeordnet.

Geändert werden könnte die Situation nur durch Abriß des alten und Bau eines neuen, größeren Parkhauses.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.15 10/04)**
Vorlage: VO/0721/2004

Ist das Rückhaltebecken Marbach nunmehr von den Behörden als funktionsfähig abgenommen worden, und konnten die Ursachen der festgestellten Verschmutzungen gefunden werden?

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Regenrückhaltebecken im Bereich der Straßenkreuzung „Höhenweg“ und „Unterer Eichweg“ wurde Ende November 2003 fertiggestellt. Im Rahmen der wasserrechtlichen Abnahme ist ein Probestau erforderlich, der im Moment durchgeführt wird. Dabei muss das Becken mindestens bis zur halben Einstauhöhe gefüllt sein.

Seit dem 22.09.2004 ist der Schieber im Drosselschacht (Bauwerk im Staudamm) geschlossen. In Abhängigkeit vom Niederschlag wird sich das Becken in den nächsten Tagen füllen. Der Probestau konnte bisher noch nicht durchgeführt werden, da auf Grund der späten Fertigstellung sich im Jahr 2003 keine genügende Grasnarbe auf den Böschungen des Beckens ausbilden konnte. Aus gleichem Grund rutschte im Januar 2004 der Oberboden von der Böschung neben dem Höhenweg herunter.

In der 28. KW wurde im Bereich des Einlaufes aus dem Regenwasserkanal des Bruchwiesenweges im Rückhaltebecken Fäkalschlamm festgestellt. Die ist ein Indiz dafür, dass eine oder mehrere Schmutzwasserhausanschlussleitungen an den Regenwasserkanal angeschlossen sind. Aus diesem Grund wurde die Zuleitung in das Becken sofort verschlossen und mit der Suche nach dem Fehlanschluss begonnen. Seit dem wird das Regenwasser aus dem Bereich des Bruchwiesenweges an dem Becken vorbei geleitet und kann entsprechend nicht gepuffert werden.

Durch Einsatz von Metallbürsten im Kanal konnte(n) der(die) Fehlanschluss(Fehlanlüsse) auf zwei Straßenabschnitte eingegrenzt werden. Bisher wurden „auf Verdacht“ 5 Häuser mittels Farbuntersuchungen überprüft. Dabei wurden lediglich 2 Kombischächte (Schmutz- und Regenwasser fließen offen durch einen Schacht) gefunden. Die Kombischächte sind nicht die Erklärung für die gefundene Verschmutzung, da Vermischungen zwischen Schmutz- und Regenwasser nur in Ausnahmesituationen (Rückstau, Starkniederschlägen, Verstopfungen etc.) stattfinden. Deshalb wird weiter nach den „Übeltätern“ gesucht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Wüst FDP-Fraktion wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.16 10/04)**
Vorlage: VO/0730/2004

Wie entwickelt sich die im Alten Botanischen Garten vor einiger Zeit sanierte Buche? Existiert für diesen Baum auch ein Erhaltungskonzept und wenn ja, welche Maßnahmen sind darin enthalten?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Der Alte Botanische Garten liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt Marburg, sondern ist Eigentum der Philipps-Universität Marburg.

Der Zustand der sanierten Buche hat sich verschlechtert. Ob ein Erhaltungskonzept existiert, ist nicht bekannt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Keller und Lakner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) sowie Wüst (FDP-Fraktion) werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.17 10/04)**
Vorlage: VO/0715/2004

An welchen Kindertagesstätten sind wie viele unbelegte Plätze mit unter 3-jährigen belegt worden?

Die Stadtverordnete Gottschlich ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Die Antwort auf die kleine Anfrage wird mit dem Protokoll erteilt. Zuständiger Dezernent Stadtrat Dr. Kahle.

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Auf die zurückgehenden Kinderzahlen in Tageseinrichtungen in freier - wie in städtischer Trägerschaft - wurde unter Ausnutzung des vorhandenen Personals reagiert, in dem Kinder unter 3 Jahren aufgenommen wurden.

Diese Maßnahme betrifft folgende Einrichtungen:

- den freikirchlichen Kindergarten Damaschkeweg,

die Aufnahme von Kindern ab 2 Jahren

- den katholischen Kindergarten Badestube, die Aufnahme von Kindern ab 2,5 Jahren
- die evangelische Kindertagesstätte Emil-v.-Behring-Straße, die Installierung einer Krippengruppe mit Kindern im Alter von 1,5 bis zum Kindergarteneintritt
- die Kindertagesstätte der Freien Schule, die Aufnahme von Kindern ab 2 Jahren
- den städtischen Kindergarten Michelbach, Fr.-Fröbel-Straße, die Aufnahme von Kindern im Alter ab 2 Jahren.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.18 10/04)**
Vorlage: VO/0726/2004

Wer ist für die Funktionsfähigkeit der Wasserhydranten verantwortlich, und wer überprüft und wartet diese in welchen regelmäßigen Zeitabständen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Prüfung der Hydranten liegt in der Verantwortung der Stadtwerke Marburg GmbH, Abteilung 24 -Gas/Wasser.

Die regelmäßige Prüfung wird gemäß DVGW – W 331 alle 2 Jahre durchgeführt und dokumentiert.

Die letzte turnusmäßige Prüfung erfolgte 2003.

Die Feuerwehr besitzt ein Hydrantenbuch mit laufender Aktualisierung.

Die Abteilung 24 hält ständigen Kontakt mit der Feuerwehr, so dass Mitteilungen über defekte Hydranten von den Wehren an die Stadtwerke weiter geleitet werden und umgehend repariert werden können.

zu **4.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Herbert Zaun (Nr.19 10/04)**
Vorlage: VO/0716/2004

Was hat die Ortsvorsteherin veranlasst, der Tischtennis-Abteilung des TSV Moischt am Freitagabend, dem 24.09.2004, die Mehrzweckhalle nicht zur Verfügung zu stellen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Mehrzweckhalle im Stadtteil Moischt war vom 23.09. – 28.09.2004 für juristische Prüfungen vermietet. Im Mai 2004 hat die Ortsvorsteherin bereits darauf hingewiesen. Auch dem TSV Moischt war dies bekannt. Es gab außerdem einen Aushang in der Halle.

Es scheint so, als hätte die interne Kommunikation nicht funktioniert.

zu **4.20** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.20 10/04)**
Vorlage: VO/0723/2004

Welche und wie viele Maßnahmen der Agentur für Arbeit werden derzeit von der Stadt Marburg durchgeführt und welche und wie viele sind bis ins Jahr 2005 beantragt bzw. geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit werden von der Stadt Marburg drei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt

- Schlossparkkasematten (4 Beschäftigte)
- Aktenarchiv (1 Beschäftigte)
- Aufbau eines Fotoarchivs (1 Beschäftigter)

Bisher ist nur die ABM „Schlossparkkasematten“ bis in das Jahr 2005, 31.01.05, geplant.

Weiterhin wird eine Maßnahme zur Eingliederung für besonders betroffene Schwerbehinderte bis Ende 2006 durchgeführt.

nachrichtlich

Von Arbeit und Bildung wird eine Maßnahme mit Jugendlichen durchgeführt, die in städt. Bereichen (Kindertagesstätten und Schulen) beschäftigt werden.

zu **4.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.21 10/04)**
Vorlage: VO/0729/2004

In welchem Umfang hat die Stadt Marburg – insbesondere das Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann – den diesjährigen Frauentag unterstützt und welche Unterstützung durch die Stadt Marburg erhielt der von der Evangelischen Kirche initiierte Männertag am 17. Oktober 2004?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der diesjährige Internationale Frauentag 2004 wurde vom Gleichberechtigungsreferat mit 432,50 € bezuschusst. Aufgrund der großen Anzahl von Frauen und wenigen Männern konnte z. B. das Kabarett im Theater am Schwanhof durch die Eintrittspreise voll gedeckt werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin SPD-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17.55 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.22 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.22 10/04)**
Vorlage: VO/0728/2004

Wie weit sind die Bemühungen des Magistrats gediehen, „Business Improvement Districts“ auf ihre Machbarkeit und Förderungsfähigkeit für Marburg zu prüfen und zu welchen Ergebnissen ist der Magistrat diesbezüglich gekommen?

Die Stadtverordnete Sell ist noch nicht anwesend. Die kleine Anfrage wird daher schriftlich mit dem Protokoll beantwortet. Zuständiger Dezernent Oberbürgermeister Möller.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Übertragbarkeit des BID-Konzeptes auf deutsche Verhältnisse ist in Hessen noch nicht 1:1 gewährleistet.

Die Wirtschaftsförderung hat sich dennoch um eine Adaption des Modells bemüht und hierfür auch eine Unterstützung des Landes zugesagt bekommen. Derzeit wird an einer Umsetzungskonzeption gearbeitet.

zu 4.23 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.23 10/04)**
Vorlage: VO/0734/2004

Auf der Diskussionsveranstaltung zum Ladenleerstand der Agendagruppe Nachhaltige Stadtentwicklung wurde angeregt, einen vertiefenden Workshop mit kompetenten Fachleuten zu veranstalten. Wann wird dieser Workshop durchgeführt bzw. welche Arbeitsschritte müssen noch erfolgen, damit er stattfinden kann?

Die Stadtverordnete Sell ist noch nicht anwesend. Die kleine Anfrage wird daher schriftlich mit dem Protokoll beantwortet. Zuständiger Dezernent Oberbürgermeister Möller.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Wirtschaftsförderung der Stadt arbeitet zusammen mit Partnern an einem Konzept, in dem Workshops einen wichtigen Bestandteil bilden.

zu 4.24 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr.24 10/04)**
Vorlage: VO/0737/2004

Welche Planungsvorstellungen hat der Magistrat, um im alten Feuerwehrhaus (ehemaliges "Jugendheim") am "Komp" in Moischt - Wittelsberger Straße - ein Ortsvorsteherbüro einzurichten, bzw. welche Planungsschritte sind bereits unternommen worden - und welche Kosten entstünden demgegenüber, um das Gebäude lediglich in seiner jetzigen Substanz zu erhalten?

Es antwortet der Bürgermeister:

Für das Feuerwehrgerätehaus Moischt, Wittelsbergerstraße wurde dem Ortbeirat 2 Varianten vom Fachdienst Hochbau vorgelegt.

Bei einem Ortstermin mit Baudezernent Bürgermeister E. Vaupel und dem Geflügelzuchtverein konnte keine Einigung herbeigeführt werden.
Zur Zeit wird das Haus vom Geflügelzuchtverein und DBM genutzt.
Kosten sind für keine Variante bisher ermittelt.
Für die Unterbringung des Ortsbeirates wurde zwischenzeitlich die Alternative Bürgerhaus bisweilen Feuerwehrgerätehaus erörtert.
Der Behindertenbeirat sprach sich für das Bürgerhaus aus, weil dort eine Zufahrtsrampe und ein Behinderten WC vorhanden ist.
Beim Feuerwehrgerätehaus müsste eine Aufzug und eine behinderten gerechte Erschließung gesondert angebaut werden.

zu 5 **Straßenbenennung im Stadtteil Michelbach**
Vorlage: VO/0657/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD-Fraktion). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im Plan als Planstraße A gekennzeichnete Straße erhält den Namen

Zur Hainseite

2. Die im Plan als Planstraße B gekennzeichnete Straße erhält den Namen

An der Dreispitze

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

zu 6 **Personalüberleitung Stiftung St. Jakob / Betriebsübergang Stiftung St. Jakob auf Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH**

Vorlage: VO/0608/2004

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Tagesordnungspunkt zurück.

zu 7 **Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Bebauungsplan Nr. 10/1, 2. Änd., LWV-Gelände, 'nördlicher Teilbereich'**

- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VO/0602/2004

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Für den nördlichen Randbereich des „Zentrum für soziale Psychiatrie“ (ZSP; vormals PKH) des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) an der Cappeler Straße wird der Bebauungsplan Nr. 10/1, 2. Änd. ‚LWV-Gelände, „nördlicher Teilbereich“, aufgestellt. Er dient der Umsetzung der für die Weiterentwicklung des ZSP aufgestellten Rahmenplanung „Stadträumliches Strukturkonzept“. Der Geltungsbereich ist in dem beigefügten Übersichtsplan dargestellt.
2. Das Wegekonzept mittlerer/oberer Richtsberg – Südbahnhof/Cappeler Straße wird Bestandteil des Bebauungsplanes.

zu 8 **Marburg 2020 - Demographischer Wandel**
Vorlage: VO/0658/2004

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, im ersten Satz des Beschlusstextes eine Korrektur vorzunehmen. Der Bericht soll lediglich zur Kenntnis genommen werden. Mit dieser Ergänzung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung. Die Vorlage ist auch im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Faecks BfM-Fraktion. Auch dieser Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage in der abgeänderten Fassung zu beschließen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Auch im Haupt- und Finanzausschuss wurde die abgeänderte Vorlage beraten. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der FDP – Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss.

Der beiliegende Bericht „Marburg 2020 – Demographischer Wandel“ wird zur Kenntnis genommen. Im Sinne einer `Demographischen Stabilitätspolitik` sind bei künftigen Beschlüssen Auswirkungen auf die demographische Entwicklung der Stadt Marburg zu beachten. Die Untersuchungen der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die kommunale Infrastruktur sind weiterzuverfolgen.

zu 9 **Beitritt zur Ablösung der kommunalen Baulast**

Vorlage: VO/0677/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Gegenstimme aus der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg, vertreten durch den Magistrat, tritt der Rahmenvereinbarung zur
Ablösung der Kirchenbaulasten vom 17.12.2003, bei.

zu 10 **Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes in Marburg
hier: Abschluss eines Koordinationsvertrages mit dem Land Hessen
Vorlage: VO/0681/2004**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss vertagt worden

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 11 **Wirtschaftsplan 2005 des Fachdienstes Städtische Bäder
Vorlage: VO/0665/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Becker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML – Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2005 des Fachdienstes Städtische Bäder wird beschlossen.

zu 12 **Dringlichkeitsanträge**

zu 13 **Anträge der Fraktionen**

zu 13.1 **Antrag der MBL-Fraktion betr. Outsourcing des Personals der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0580/2004**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur nächsten

Sitzung.

zu **13.2** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Einführung einer Abendlinie Hauptbahnhof - Weintrautstraße - Cappel**
Vorlage: VO/0600/2004

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat sich für eine Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr ausgesprochen. Der Haupt- und Finanzausschuss wird den Antrag erneut in seiner Novembersitzung beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit dem Verfahren einverstanden. Der Antrag wird an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen und für heute zurückgestellt.

zu **13.3** **Antrag der Fraktionen BfM und FDP betr. Marburger Initiative für Kinder**
Vorlage: VO/0632/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen worden, da er im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 13.8 bereits erledigt wurde.

zu **13.4** **Antrag der Fraktionen BfM und FDP betr. Konzept zur Weiterentwicklung des Marburger Nordviertels nach bevorstehendem Umzug der 'großen' Lahntal-Kliniken auf die Lahnberge**
Vorlage: VO/0633/2004

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Der Oberbürgermeister hat erklärt, dass es bereits seit 2003 ein derartiges Konzept gebe und dies der Öffentlichkeit und den Fraktionen bereits zugegangen sei. Nach Zusicherung von Bürgermeister Vaupel und Vorlage von Kopien des zugrunde liegenden Planes haben die Antragsteller erklärt, den Antrag evtl. zurück zu ziehen.

Die Vorlage ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Der Umweltausschuss hat sich dem Verfahren aus dem Haupt- und Finanzausschuss angeschlossen.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Der Stadtverordnete Faecks spricht sich für eine erneute Beratung der Vorlage im Bau- und Planungsausschuss aus. Der Antrag wird insofern nur zurückgestellt.

zu **13.5** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Kein Zwang zu Ein-Euro-Jobs**

Vorlage: VO/0675/2004

Die Vorlage wurde im Sozialausschuss beraten. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet anhand des Ausschussprotokolls. Der Antrag ist im Sozialausschuss umfangreich geändert worden. Die Neufassung mit der Überschrift **„Qualitätsstandards für Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II“** liegt allen Stadtverordneten vor.

Der Beschlusstext des Antrages hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Einrichtung von „gemeinwohlorientierten Arbeitsgelegenheiten“ kein Mittel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie sieht die Gefahr, dass dadurch bestehende Arbeitsplätze ersetzt oder erforderliche nicht eingerichtet werden.

- **Sie fordert den Magistrat und die stadt eigenen Unternehmen auf, solche Arbeitsgelegenheiten (wenn überhaupt) nur auf freiwilliger Basis anzubieten. Es muss sicher gestellt sein, dass dadurch keine bezahlten Arbeitsplätze verdrängt werden und die Teilnehmerinnen sich weiter qualifizieren können.**
- **Sie ruft alle gemeinnützigen Organisationen auf, solche Arbeitsgelegenheiten nur auf freiwilliger Basis anzubieten.**

Dem so geänderten Antrag sind im Sozialausschuss die Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die PDS/ML-Fraktion hat im Ältestenrat die Aussprache zu diesem Antrag angemeldet. Im Rahmen der Beratungen sprechen der Stadtverordnete Metz (PDS/ML), der Oberbürgermeister, die Stadtverordneten Severin (SPD), Oppermann (CDU), Faecks (BfM), Schäfer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Stadtrat Dr. Kahle und Röhlmann (FDP-Fraktion).

Der Stadtverordnete Göttling (PDS/ML-Fraktion) führt aus, dass auf die Begründung des Antrages verzichtet werden kann.

Der Stadtverordnete Metz (PDS/ML-Fraktion) beantragt eine Abschrift des Wortbeitrages des Stadtverordneten Faecks (BfM-Fraktion). Dem wird nicht widersprochen.

Um 18.45 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, PDS/ML, FDP, BfM und MBL gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung sieht in der Einrichtung von „gemeinwohlorientierten Arbeitsgelegenheiten“ kein Mittel die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Sie sieht die Gefahr, dass dadurch bestehende Arbeitsplätze ersetzt oder erforderliche nicht eingerichtet werden.

- Sie fordert den Magistrat und die stadteigenen Unternehmen auf, solche Arbeitsgelegenheiten (wenn überhaupt) nur auf freiwilliger Basis anzubieten. Es muss sicher gestellt sein, dass dadurch keine bezahlten Arbeitsplätze verdrängt werden und die Teilnehmerinnen sich weiter qualifizieren können.
- Sie ruft alle gemeinnützigen Organisationen auf, solche Arbeitsgelegenheiten nur auf freiwilliger Basis anzubieten.

zu **13.6** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Gebühren bei Auflagen für Demonstrationen**
Vorlage: VO/0686/2004

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage vertagt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu **13.7** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Erstellung einer CO 2 - Bilanz für Marburg**
Vorlage: VO/0685/2004

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Da die antragstellende Fraktion nicht anwesend war hat der Ausschuss den Antrag zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu **13.8** **Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Marburger Bündnis für Familien**
Vorlage: VO/0680/2004

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis90/DIE GRÜNEN). Der Tagesordnungspunkt 13.8 wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 13.3 im Sozialausschuss beraten. Aus beiden Anträgen ist ein gemeinsamer Antrag geworden.

Ausgehend vom Antrag 13.8 sind die Schwerpunkte der künftigen Aufgaben um die nachfolgenden weiteren Punkte ergänzt worden:

- Förderung der Familien als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche der städtischen Verwaltung
- koordinierte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Themenschwerpunkt „Familie und Kinder“.

Dieser so ergänzte Antrag wird als gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, PDS/ML, FDP und BfM zur Annahme empfohlen.

Die MBL – Fraktion tritt dem Antrag ebenfalls bei, sodass es sich nun um einen Antrag

aller Fraktionen handelt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg beteiligt sich an der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ des BMFSFJ und initiiert gemeinsam mit den bereits vorhandenen Marburger Initiativen für Familien (z.B. dem Ökumenischen Arbeitskreis Familie – Familientisch) ein „**Marburger Bündnis für Familien**“.

Schwerpunktmäßig sollte das **Marburger Bündnis für Familien** zunächst an Lösungen für die folgenden Fragen und Aufgaben arbeiten:

- Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt
- Vereinbarung von Familie und Beruf
- Stärkung der Elternkompetenz
- Unterstützung bei Erziehungsaufgaben
- Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger
- Förderung der Familien als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche der städtischen Verwaltung
- koordinierte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Themenschwerpunkt „Familie und Kinder“.

Für das **Marburger Bündnis für Familien** sollen Elterninitiativen, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen der Familien- und Erwachsenenbildung, Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien, Verbände, Kirchen, das Pflegebüro, Kinderärzte und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden.

zu **13.9** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: VO/0682/2004

Der Antrag ist im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Becker (SPD). Die Stadtverordnete Oppermann (CDU) hat im Haupt- und Finanzausschuss erklärt, dass der Antrag zurückgezogen werden soll, wenn der erbetene Prüfbericht in der Stadtverordnetenversammlung am 15. Oktober erstattet wird. Dies hat Stadtrat Dr. Kahle zugesagt. Aussprache wurde angemeldet.

Der im Haupt- und Finanzausschuss zugesagte Bericht liegt heute allen Stadtverordneten vor. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Im Rahmen der Debatte sprechen Stadtrat Dr. Kahle, die Stadtverordnete Dersch (CDU-Fraktion) und erneut Stadtrat Dr. Kahle.

Eine Abstimmung erübrigt sich, da der Antrag als erledigt angesehen wird.

Um 19.14 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu **13.10** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Novellierung des HeNatG -**

Keine Einschränkung der Rechte der Naturschutzbeiräte
Vorlage: VO/0684/2004

Die Vorlage wurde im Umweltausschuss beraten und zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung vertagt diesen Fraktionsantrag.

zu 14 Kenntnisnahmen

zu 14.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2004

hier: Hst. 7000/713000 'Umlage an Abwasserverband Marburg'

Vorlage: VO/0537/2004

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.2 Veröffentlichung des Bewerbungsantrages im Wettbewerb 'Strategien kommunaler Integrationspolitik'

Vorlage: VO/0673/2004

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 14.3 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.09.2004

Vorlage: VO/0687/2004

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

- **Ein Dringlichkeitsantrag**

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle